

Band 13

Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen

Jahrbuch des Föderalismus 2012

Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa



Nomos

Jahrbuch des Föderalismus 2012
Band 13

Herausgegeben vom Vorstand des Europäischen
Zentrums für Föderalismus-Forschung Tübingen:

Professor Dr. Gabriele Abels

Dr. Annegret Eppler, Ass. iur.

Professor Dr. Dr. h.c. mult. Horst Förster

Dr. Martin Große Hüttmann

Professor Dr. Sebastian Kinder

Professor Dr. Martin Nettesheim

Professor Dr. Barbara Remmert

Professor Dr. Oliver Schlumberger

Professor Dr. Josef Schmid

Professor Dr. Gunter Schubert

Professor Dr. Christian Seiler

Professor Dr. Dr. h.c. Wolfgang Graf Vitzthum

Professor Dr. Hans-Georg Wehling

Koordination und redaktionelle Betreuung:

Annica Starke-Mutschler, M. A.

Europäisches Zentrum
für Föderalismus-Forschung Tübingen

Jahrbuch des Föderalismus 2012

Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://www.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8329-7832-7

ISSN 1616-6558

1. Auflage 2012

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2012. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	9
1. BEITRÄGE AUS DER POLITIK	
Föderalismus im Dialog: auf dem Weg zu einer neuen föderalen Finanzarchitektur? <i>Winfried Kretschmann</i>	17
2. THEMEN DER FORSCHUNG	
Gebietsstrukturen des Bundesstaats und Länderneugliederung als Demokratieprobleme <i>Arthur Benz</i>	27
Secession within federations, a deficit in current theory of secession <i>Anthony Gilliland</i>	39
Die „Identität von Räumen“: Eine methodologische Skizze zu ihrer empirischen Erforschung <i>Peter Schmitt-Egner</i>	50
Oben gegen unten oder die gegen uns? Konfliktlinien in föderalen Finanzbeziehungen <i>Axel Heise</i>	65
Dezentralisierung als Dilemma und Chance für Parteien in Italien <i>Julia Oberhofer</i>	80
Vernetzung und Vertiefung: Zu neueren Entwicklungen der international vergleichenden Föderalismusforschung <i>Roland Sturm</i>	92
Public Safety in Federal Systems: A Primer <i>Christian Leuprecht</i>	108
3. BEITRÄGE ZUM DEUTSCHEN FÖDERALISMUS	
Migrationspolitik nach der Föderalismusreform: Zentralisierung und Dezentralisierung im deutschen Mehrebenensystem <i>Julia von Blumenthal</i>	125
Föderalismus als Problem – Föderalismus als Lösungsansatz. Eine erste Aufarbeitung im Kontext des Skandals um die rechtsextremen Gewalttaten von Mitgliedern des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) <i>Mathias Bug/Jasmin Röllgen/Ursula Münch</i>	138
Kommunales Partizipationsrecht im föderalen Vergleich <i>Volker M. Haug</i>	153

Varianten von Politikverflechtung: Der Rundfunkbeitragsstaatsvertrag <i>Dominic Heinz</i>	169
Das Land Baden-Württemberg wird 60: Rückblick auf die Entstehungsgeschichte des Südweststaats <i>Rudolf Hrbek</i>	179
Landespolitik und Landesrecht: Die Gesetzgebung der Bundesländer zum Beamtenrecht nach der Föderalismusreform I <i>Sven Leunig/Felix Neumann</i>	197
Die Abweichungsgesetzgebung im Jagdwesen: Eine weitere Anekdote eines „symbolischen Föderalismus“ in der Bundesrepublik Deutschland <i>Simon Obermeier</i>	211
Die Föderalismusreform I auf dem Prüfstand: Ein Zwischenbericht über Teilbereiche ihrer Umsetzung <i>Hans-Peter Schneider</i>	222
Bildungsfinanzierung im Bundesstaat: Wer bezahlt was, wofür und für wen in der deutschen Bildungsrepublik? <i>Wolfgang Renssch</i>	234
Die Beteiligung des Bundesrates bei den Maßnahmen zur Eurostabilisierung <i>Constanze Burger/Alexandra Zoller</i>	247
Bundesverfassungsgericht und Staatsschuldenkrise: Parlamentarisierung und Repolitisierung der „Eurorettung“ <i>Martin Nettesheim</i>	259
4. EUROPÄISCHE LÄNDERBERICHTE	
Die Überwindung der belgischen Krise? Regierungsbildung nach 540 Tagen <i>Matthias Chardon</i>	283
Das „System Italien“ zwischen Notstandsmaßnahmen und Föderalisierungsvorhaben <i>Elisabeth Alber/Carolin Zwilling</i>	292
Die Landeshauptleutekonferenz: Vom Schatten in die Sonne? <i>Peter Bußjäger</i>	310
Russland: Legitimationskrise des Regierungssystems <i>Andreas Heinemann-Grüder</i>	320
Der schweizerische Föderalismus vor territorialen Herausforderungen <i>Bernhard Waldmann</i>	331
Autonomiestaat und Krise – Autonomiestaat in der Krise? <i>Klaus-Jürgen Nagel</i>	346

Territorientwicklung und regionale Disparitäten in der Tschechischen Republik <i>Horst Förster</i>	363
Ungarn: Zentralisierung durch das neue Selbstverwaltungsgesetz <i>Jürgen Dieringer/Loretta Huszák</i>	380
The United Kingdom: The Shifting Territorial Constitution <i>Charlie Jeffery</i>	391
 5. REGIONALE UND KOMMUNALE KOOPERATION IN EUROPA	
Subnationale Parlamente in EU-Angelegenheiten: Ein integraler Bestandteil des „Multilevel Parliamentary Field“? <i>Annegret Eppler</i>	405
EVTZ Europaregion Tirol – Südtirol – Trentino als Rechtsgrundlage und Motor der territorialen Zusammenarbeit <i>Matthias Fink</i>	420
Regionale Teilhabe an der Politikgestaltung im europäischen Mehrebenensystem: Präferenzen regionaler Verwaltungseliten <i>Diana Pitschel</i>	432
 6. EUROPÄISCHE UNION / EUROPÄISCHE INTEGRATION	
Die Rolle der Gliedstaaten während des belgischen Vorsitzes des Rates der Europäischen Union 2010 <i>Olivier Hermanns</i>	445
Der Kongress der Gemeinden und Regionen: Grundlegende Reform und neue Dynamik für Monitoring <i>Andreas Kiefer</i>	455
The Committee of the Regions in 2011/2012 <i>Carolyn Rowe</i>	475
 7. REZENSIONEN	
Ein sehr gelungener Band zu Stand und Perspektiven der „Gemeinschaftsmethode“ der Europäischen Union <i>Martin Große Hüttmann</i>	493
Was machen Regionalbüros in Brüssel? Eine überzeugende Studie über regionale Interessenvertretung in der EU <i>Martin Große Hüttmann</i>	496
Die Autoren	498

Vorwort

Das Vorhaben, ein „Jahrbuch des Föderalismus“ herauszugeben, war im Vorwort des ersten Bandes des Jahrbuchs (im Jahr 2000) damit begründet worden, dass Fragen der Territorialstruktur im heutigen Europa eine zunehmend wichtige Rolle spielen. Vier Punkte waren dazu aufgeführt worden: „In einer Reihe europäischer Staaten finden – erstens – seit Jahren Dezentralisierungs-, Regionalisierungs- und Föderalisierungsprozesse statt. Ihnen liegt meist die Auffassung zugrunde, dass föderale und regionale Territorialstrukturen einer zentralistischen Ordnung hinsichtlich erfolgreicher Aufgabenerledigung und Gewährleistung demokratischer Legitimation überlegen sind. Zweitens zeigt die gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland sehr intensiv geführte Diskussion um den deutschen Föderalismus, dass auch in etablierten Föderalstaaten die Territorialstruktur immer wieder grundsätzlich darauf geprüft wird, ob und inwieweit ihre Ausgestaltung und ihr Funktionieren geeignet sind, effiziente Problemlösung und Demokratie zu gewährleisten und zu fördern. Nachdem sich der Prozess der Integration einer ständig größer werdenden Zahl europäischer Staaten in die Europäische Union beschleunigt und intensiviert hat, rückt – drittens – die Frage der rechtlichen und politischen Ausgestaltung und Qualität der Territorialstruktur der EU immer mehr in den Vordergrund, was nicht zuletzt die seit Jahren intensiv geführte Debatte um Bedeutung und Beachtung des Subsidiaritätsprinzips zeigt. Die dynamische Entwicklung von Territorialstrukturen wird – viertens – begleitet von einem unübersehbaren Bedeutungszuwachs der ‚Regionen‘ als Akteure im nationalen, transnationalen und supranationalen Kontext.“ Diese Punkte, die auf die Themenschwerpunkte des Jahrbuchs verweisen, haben unverändert Gültigkeit.

Das Jahrbuch ist, so hieß es im Vorwort des ersten Bandes weiter, „als ein thematisch breit angelegtes Kompendium konzipiert, das dem Leser – primär in Politik und Verwaltung, in Wissenschaft und Forschung, Lehre und Studium sowie in der interessierten Öffentlichkeit – fortlaufend ohne erheblichen eigenen Rechercheaufwand einen aktuellen, verlässlichen und zusammenfassenden Überblick über die verschiedenen Aspekte föderaler und regionaler Struktur und Politik bieten soll.“ Da diese Themen verstärkte Aufmerksamkeit – in Wissenschaft und Politik, aber auch in einer breiteren Öffentlichkeit – finden, ist auch der Bedarf an entsprechender Information gewachsen. Aus den Reaktionen auf die ersten zwölf Bände des Jahrbuchs (sie erschienen seit dem Jahr 2000 regelmäßig) spricht Zustimmung zu unserem Projekt. Wir freuen uns deshalb, jetzt den dreizehnten Band des Jahrbuchs vorlegen zu können. Die Gliederung des Buches in mehrere Hauptabschnitte wird beibehalten. Vier der insgesamt 36 Beiträge erscheinen in englischer Sprache; die Herausgeber geben dieser Lösung wegen der größeren sprachlichen Authentizität der Texte den Vorzug vor der früher meist praktizierten Übung, Übersetzungen in die deutsche Sprache anzufertigen.

Im einleitenden Abschnitt „*Beiträge aus der Politik*“ plädiert der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann dafür, die Bemühungen um die unverändert dringende Modernisierung der föderalen Ordnung Deutschlands fortzusetzen. Nach den beiden ersten Stufen einer Föderalismusreform (2006 und 2009) gelte

es, in einer dritten Etappe die bislang trotz hohem Reformbedarf ausgeklammerte Thematik der föderalen Finanzbeziehungen aufzugreifen. Weil die Einhaltung des in der Verfassung verankerten Versprechens, dass Bürger gleichwertige Lebensverhältnisse haben müssen, schwerer geworden sei, müssten die entsprechenden verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen neu justiert werden. Ministerpräsident Kretschmann bezeichnet das jetzt geltende Regelwerk als „anreizfeindlich“ und warnt vor einer Überforderung der wenigen finanzstarken Länder. Es reiche allerdings nicht, „nur den Ausgleich unter den Ländern neu zu regeln“; erforderlich sei „eine umfassende Reform des finanziellen Zusammenspiels von Bund und Ländern mit dem Zieljahr 2020.“ Kretschmann hält dabei auch eine Stärkung der Steuerautonomie der Länder (etwa durch eigene Ländersteuern oder Zuschläge auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer) für „überlegenswert“. Ein neues reformiertes System müsse „fair“ sein, also zu einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Solidarität und Eigenverantwortung führen; gegenüber dem jetzigen Zustand müsse letztere gestärkt werden, denn die Verfassung verlange nicht mehr als einen „angemessenen“ Ausgleich der unterschiedlichen Finanzkraft der Länder. Seine Forderung, über ein „Mehr“ an Föderalismus nachzudenken, ergänzt Kretschmann mit der Aussage, „wir müssen wieder mehr Mut zu Unterschieden haben – denn Differenz ist ja auch der Sinn von Freiheit.“

Die insgesamt sieben Beiträge im Abschnitt „*Themen der Forschung*“ illustrieren einmal mehr die Breite und den Reichtum der gegenwärtigen Forschungslandschaft: die Beiträge kommen aus unterschiedlichen Disziplinen; sie sind teilweise im Rahmen größerer Projekte entstanden; die vergleichende Forschung erweist sich als besonders anregend und ergiebig. Der erste Beitrag ist der Diskussion der ganz grundsätzlichen Frage gewidmet, welche Bedeutung die territoriale Gliederung des deutschen Bundesstaats für die Demokratie hat und welche Anforderungen daraus für ein Verfahren der Länderneugliederung folgen; der Beitrag verweist auf ein schwer auflösbares Dilemma: zum einen kann Neugliederung das Demokratieproblem beheben helfen, indem durch sie Folgen der Politikverflechtung minimiert werden; zum anderen kann ein neues Demokratieproblem entstehen, wenn durch eine Neugliederung fundamentale Interessen der betroffenen Bevölkerung verletzt werden. Der zweite Beitrag lenkt die Aufmerksamkeit auf den eher seltenen Fall der Sezession eines Gebiets innerhalb einer Föderation; er weist der Föderalismusforschung die Aufgabe zu, Voraussetzungen zu erörtern, die solche Fälle von Sezession gerechtfertigt erscheinen lassen können. Der dritte Beitrag bemüht sich um eine methodologische Skizze zur empirischen Erfassung der Identität von Räumen. Am Beispiel Deutschlands, der Schweiz und der USA arbeitet der dann folgende Beitrag vier Konfliktlinien (horizontal, vertikal, politisch, territorial) heraus, die sich bei föderalen Finanzbeziehungen ergeben können, diskutiert ihr Verhältnis zueinander und verweist auf Möglichkeiten einer schrittweisen Veränderung von Konfliktlinien. Der fünfte Beitrag erörtert, welche Faktoren die Aktivitäten gesamtstaatlicher Parteien in Italien auf regionaler Ebene beeinflussen und es ihnen vielfach ermöglichen, sich bei der Behandlung spezifisch regionaler Themen wirkungsvoll einzubringen. Der dann folgende Beitrag skizziert neuere Entwicklungen der international vergleichenden Föderalismusforschung, als Folge ihrer Verbindung mit anderen Gegenständen und Fel-

dern politikwissenschaftlicher Forschung, was wiederum die Vertiefung bereits vorhandener Forschungskontexte zur Folge hat. Der letzte Beitrag in diesem Abschnitt fragt, wie Föderalstaaten mit dem Politikfeld öffentliche Sicherheit umgehen.

Die insgesamt elf Beiträge des nächsten Hauptabschnitts („*Beiträge zum deutschen Föderalismus*“) sind in ihrer Mehrheit ganz aktuellen und zugleich kontroversen Themen und Problemen gewidmet. Der erste Beitrag fragt, wie sich die Föderalstruktur im Politikfeld Migrationspolitik auswirkt und zeigt anhand zweier Fallstudien gegenläufige Muster: einerseits Zentralisierungstendenzen (bei der Reform des Aufenthaltsgesetzes von 2007), andererseits das Gewicht landesspezifischer Traditionen und Besonderheiten (bei der Einführung islamischen Religionsunterrichts). Der zweite Beitrag ist dem Politikfeld innere Sicherheit gewidmet und breitet das ganze Spektrum von Positionen in der kontroversen Diskussion um den Sicherheitsföderalismus aus, wie sie vor allem als Reaktion auf rechtsextreme Gewalttaten von Mitgliedern des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) jüngst geführt wurde. Ihm folgt eine vergleichende Bestandsaufnahme der kommunalrechtlichen Bestimmungen der deutschen Länder zu den Partizipationsrechten der Bürger bzw. der Einwohner, die eine große Vielfalt und erhebliche Unterschiede in der Ausgestaltung der verschiedenen Instrumente zeigt. Der vierte Beitrag informiert über den von den Ländern ausgearbeiteten neuen Rundfunkstaatsvertrag, mit dem eine Änderung in der Finanzierung (von der geräteabhängigen Gebühr zu einem geräteunabhängigen Beitrag) erfolgte. Der 60. Geburtstag des Landes Baden-Württemberg ist der Anlass für einen Rückblick auf die von intensiven Kontroversen geprägte Entstehungsgeschichte des Südweststaats; der Beitrag identifiziert die Etappen und Weichenstellungen, sowie die wichtigsten Akteure dieses Prozesses. Die beiden folgenden Beiträge befassen sich mit den Wirkungen der Föderalismusreform I auf zwei spezielle, ganz unterschiedliche Bereiche: die Gesetzgebung der Länder zum Beamtenrecht zeigt neben manchen Gemeinsamkeiten auch deutliche Unterschiede, deren Hintergründe in dem Beitrag erläutert werden; im Bereich des Jagdwesens – einem Politikfeld, das unter die neu eingeführte Abweichungsgesetzgebung fällt, – sind demgegenüber keine eigenständigen Akzente der Länder zu erkennen. Der dann folgende Beitrag fasst die Ergebnisse eines vom DIF (Hannover) durchgeführten Forschungsprojekts zur Umsetzung der ersten Stufe der Föderalismusreform zusammen; die mit der Reform intendierten Wirkungen, nämlich die Entflechtung der Verantwortung von Bund und Ländern, seien in Ansätzen bereits deutlich erkennbar: die Länder nutzen ihre größere Gestaltungskraft und der Bund macht von seinen neuen Kompetenzen Gebrauch; nicht zuletzt sei auch eine Stärkung der Landesparlamente zu registrieren. Der neunte Beitrag gibt einen komprimierten Überblick über die Bildungsfinanzierung im deutschen Bundesstaat, kritisiert Mängel in der Ausgestaltung der Finanzierung und geht auf die Hauptgründe für die Unterfinanzierung der Bildungspolitik ein. Die beiden letzten Beiträge dieses Abschnitts gelten Fragen im Zusammenhang mit der Einbindung der Bundesrepublik in das Mehrebenensystem der EU. Zum einen wird die Mitwirkung des Bundesrates bei Entscheidungen über Maßnahmen zur Stabilisierung des Euro erörtert und argumentiert, dass dies eine notwendige Reaktion auf die Tendenz zur immer weiteren Stärkung der Exekutive sei. Zum zweiten geht es um den verfassungsrechtlichen Streit

um die Maßnahmen zur Rettung des Euro und die Rolle des Bundesverfassungsgerichts; der Beitrag erläutert und analysiert die dazu ergangenen Entscheidungen des Gerichts samt ihrer Prämissen, setzt sich kritisch mit der Fokussierung des Gerichts auf die Rolle des deutschen Parlaments auseinander und gibt eine Perspektive auf den Fortgang dieser verfassungsrechtlichen Diskussion mit einer Reihe offener Fragen.

Die „*Europäischen Länderberichte*“ gelten wiederum neueren Entwicklungen und Sonderproblemen der Territorialstruktur europäischer Staaten und geben erneut einen Eindruck von deren Vielfalt und von der Dynamik ihrer Entwicklung. Die neun Beiträge behandeln Entwicklungen in neun Staaten. Der Länderbericht zu Belgien befasst sich mit dem überaus langwierigen (540 Tage dauernden) und schwierigen Prozess der Bildung einer nationalen Regierung nach den Parlamentswahlen im Juni 2010, erläutert die Rolle der dabei im Zentrum stehenden Streitfragen des belgischen Föderalstaats und die schließlich gefundenen Lösungen als ein weiteres Beispiel für den bereits vielfach erprobten „*compromis à la belge*“. Der Länderbericht zu Italien erörtert die Auswirkungen der Notstandsmaßnahmen zur Bewältigung der Finanz-, Schulden- und Eurokrise auf das Vorhaben, den Föderalisierungsprozess des Landes fortzusetzen. Der Länderbericht zu Österreich erläutert das zunehmende Gewicht der im Übrigen nicht institutionalisierten Landeshauptleutekonferenz, sowohl als Vetospieler („*Verhinderer*“) als auch als Anreger und Initiator, und verweist auf die Probleme nicht ausreichender Transparenz und Legitimation der Entscheidungsfindung dieses Gremiums. Im Länderbericht zu Russland diagnostiziert der Verfasser, dass dem von Verfassung normierten Föderalismus bislang ein klares Profil fehlt und die vom System Putins angestrebte zentralistische Beherrschung der Regionen die Legitimitätskrise verstärkt. Der Länderbericht zur Schweiz befasst sich mit der Territorialstruktur des Landes und der dazu geführten Diskussion; er verweist auf Schwächen der Territorialstruktur und einzelne Reformschritte bzw. Vorschläge unterschiedlicher Reichweite und resümiert, dass das Reformprojekt einer größeren Gebietsreform auf der Tagesordnung bleibt. Im Länderbericht zu Spanien wird dargelegt, dass und wie die akute Finanzkrise des Landes die weitere Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen dem Zentralstaat und den Autonomen Gemeinschaften beherrscht und was das für die Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen bedeutet; der Beitrag resümiert ein Andauern, ja eine Verstärkung von zwei gegenläufigen Trends: Rezentralisierung einerseits, Streben nach Unabhängigkeit Kataloniens andererseits. Auch der Länderbericht über Tschechien wirft, aus wirtschaftsgeographischem Blickwinkel, die Frage nach den Auswirkungen der Finanzkrise auf die weitere Territorialentwicklung – insbesondere hinsichtlich der Disparitäten zwischen den Regionen – auf; er fragt nach der Wirkung dieser Entwicklungen für die EU-Strategie 2020 und den Mitwirkungsmöglichkeiten der Regionen an der Struktur- und Kohäsionspolitik der EU. Im Länderbericht zu Ungarn werden, anhand einer Analyse des neuen Selbstverwaltungsgesetzes, Zentralisierungstendenzen und das Leitbild des „*starken Staats*“ thematisiert und die Frage nach der demokratischen Qualität dieser Entwicklung gestellt. Der abschließende Länderbericht zum Vereinigten Königreich diagnostiziert mit Blick auf die letzten Wahlen in Schottland, Wales und Nordirland, dass die Territorialstruktur des Landes noch ungefestigt und die Frage, welche Art von „*Union*“ sich herausbilden

kann, angesichts gegenläufiger Trends (Unabhängigkeitsstreben in Schottland, unklare Stellung und Rolle „Englands“) offen ist und möglicherweise in Richtung eines Modells „ever looser union“ geht.

Unter der Rubrik „*Regionale und kommunale Kooperation in Europa*“ finden sich diesmal drei Beiträge, die sich mit jeweils ganz spezifischen Aspekten dieses Bereichs befassen. Der erste Beitrag ist der Kooperation subnationaler Parlamente in Angelegenheiten der EU als einem neueren und mehr Aufmerksamkeit verdienenden Forschungsgegenstand im Schnittbereich von Föderalismus- und Parlamentarismusforschung gewidmet; um das Konzept der repräsentativen Demokratie im Mehrebenensystem der EU zu gewährleisten, muss sich auch eine „multilevel representative democracy“ entwickeln und festigen, mit subnationalen Parlamenten als wichtigen Komponenten. Der zweite Beitrag portraitiert den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino als ein neues Beispiel (von fast zwei Dutzend) rechtlich fundierter Regionaler Kooperation; es wird beschrieben, wie sich aus informeller Kooperation dieser rechtsförmlich Verbund entwickelt hat, welche Faktoren seine Wirkung beeinflussen, wie die Organisationsstruktur beschaffen ist und welche konkreten Projekte gegenwärtig auf der Agenda stehen. Im dritten Beitrag wird ein spezieller Aspekt der Rolle von Regionen bei der Politikgestaltung im EU-Mehrebenensystem behandelt: Vorstellungen subnationaler Verwaltungseliten und deren Bedeutung bei Politikformulierung und Implementation in spezifischen Politikbereichen.

Der vorletzte Abschnitt („*Europäische Union/Europäische Integration*“) enthält insgesamt drei Beiträge. Der erste Beitrag beschreibt, wie der belgische Vorsitz im Rat der EU im Zusammenwirken von Gesamtstaat und Gliedstaaten vorbereitet und durchgeführt wurde und legt dar, dass sich das bewährte Konzertierungsverfahren entsprechend der innerbelgischen Kompetenzverteilung auch hier bewährt hat; die Regierungen der Gliedstaaten haben eigene inhaltliche Schwerpunkte eingebracht, die im Programm des belgischen Ratsvorsitzes sichtbar wurden und sie haben diese Phase auch erfolgreich genutzt, sich international zu profilieren; insgesamt haben sie zum Erfolg des belgischen Ratsvorsitzes beigetragen. Der zweite Beitrag portraitiert sehr ausführlich neuere Entwicklungen im Kongress der Gemeinden und Regionen in Europa als einem mittlerweile fest etablierten Netzwerk subnationaler Gebietskörperschaften; den Schwerpunkt bildet die Darstellung von Reformen mit dem Ziel, die Anliegen des Netzwerks besser zu erfüllen. Der dritte Beitrag bilanziert die Aktivitäten des Ausschuss der Regionen im Berichtsjahr und weist darauf hin, dass der AdR neben der Abgabe von Stellungnahmen im Rahmen seiner vertraglich definierten Funktionen neuerdings verstärkt und gezielt eigene Politikinitiativen einbringt und sich dafür spezieller Foren bedient, die ihn als institutioneller Akteur mit der Rolle als Anreger noch besser sichtbar machen; unverändert engagiert sich der AdR als Anwalt und Wächter der Einhaltung der Prinzipien von Subsidiarität und Proportionalität, insbesondere mittels des speziellen Monitoring Netzwerks.

In der letzten Rubrik „*Rezensionen*“ von ausgewählten aktuellen Beiträgen zu den Themenschwerpunkten des Jahrbuchs werden diesmal zwei Werke vorgestellt und gewürdigt. Zum ersten die Monographie von Carolyn Rowe über die Vertretungen der

Regionen in Brüssel, deren Tätigkeit zwischen Diplomatie und Interessenvermittlung angesiedelt ist. Zum zweiten ein von Renaud Dehousse herausgegebener Sammelband über die so genannte „Gemeinschaftsmethode“, die kein „product of a hidden commitment to federalism“ sei, sondern das Ergebnis des utilitaristischen Kalküls der Mitgliedstaaten. Der Band beschreibt in mehreren Beiträgen verschiedene Aspekte, Merkmale und Akteure der Gemeinschaftsmethode; er analysiert Alternativen zu dieser Methode und greift abschließend die Debatte um „New Modes of Governance“ auf.

Wir haben uns wie bisher darum bemüht, ausgewiesene Sachkenner als Autoren für die Einzelbeiträge zu gewinnen. Wir danken denjenigen Autoren, die uns bereits zum wiederholten Mal einen Beitrag zur Verfügung gestellt haben; wir begrüßen neue Autoren und danken ihnen allen für ihre Kooperationsbereitschaft. Ein weiteres Wort des Dankes geht an den Nomos-Verlag für die bewährt gute, vertrauensvolle und verlässliche Zusammenarbeit. Zu besonders großem Dank verpflichtet sind wir Frau Annica Starke-Mutschler, der Wissenschaftlichen Koordinatorin des EZFF und Redakteurin des Jahrbuchs, für ihre engagierte und umsichtige Begleitung des Projekts in all seinen Stadien, einschließlich der Erstellung der Druckvorlage.

Für den Vorstand des EZFF

Prof. Dr. Rudolf Hrbek

Tübingen, im Juni 2012

1. Beiträge aus der Politik

